

Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands
(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Er erscheint wöchentlich.
Bezugspreis: Ab 1. April 1924: monatlich 1,20 R.-Mark.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Eichenberg
Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 40, Reichstagsufer 3
Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei Paul Singer & Co., Berlin S.W. 68

Inserentionspreis
Geschäftsanzeigen: die sechsgehaltene Nonpareilzeile 60 Goldpfennig.
Gratifikationen d. Zeile 50 Goldpf., für Todesanzeigen d. Zeile 40 Goldpf.

Rationalisierung der Produktion und der Arbeitskraft.

Die Gegenwartsaufgabe der Gewerkschaften.

Rationalisierung ist das Gebot der Stunde. Die Unternehmer führen sie durch und auch die Gewerkschaften lehnen sie nicht ab. Wir sind schon weit mit der Rationalisierung vorgeschritten. Umstellung der Betriebe, Anschaffung neuer Maschinen, Einführung neuer Arbeitsmethoden bezeichnen den Weg der Rationalisierung, der außerdem von Scharen von Arbeitslosen gesäumt wird.

Die Unternehmer sehen die Probleme durchaus einseitig. Für sie gilt es nur, die Herstellungskosten durch Einsparung von Löhnen zu vermindern. Das geschieht nicht in erster Linie, um konkurrenzfähig zu bleiben, sondern vielmehr vorwiegend, um die Profitspanne zu erhöhen. Wären die Unternehmer von anderen Erwägungen geleitet, dann könnten sie nicht so stark auf die Löhne drücken und dann würden sie auch nicht immer erneut die Erhöhung der Arbeitszeit fordern, wie dies erst wieder in letzter Zeit durch eine Eingabe der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an die Behörden geschehen ist. Die Unternehmer haben sich in dieser Eingabe wieder mit den alten immer erneut vorgebrachten Gründen gegen die Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitübereinkommens in dem zu schaffenden Arbeitsschutzgesetz gewandt. Es besteht keine Aussicht, daß die Unternehmer die Notwendigkeiten der Gegenwart begreifen werden.

Wenn es so weitergehen würde, wie die Unternehmer es jetzt vorhaben, dann würden wir es dahin bringen können, daß die gegenwärtige Produktion und noch weit größere Quantitäten von einem Bruchteil der heute beschäftigten Arbeiter geschafft werden könnten. Immer weitere Hunderttausende und schließlich Millionen müßten arbeitslos werden. Denn für die Unternehmer besteht nur ein Produktionsproblem. Das ist insoweit verständlich, als die Unternehmer die Produktion ja tatsächlich beherrschen. Hier können sie bestimmen, allerdings nicht willkürlich, aber das liegt ja auch nicht in ihrem Streben, sondern dieses geht dahin, mit einer möglichst geringen Produktionsmenge einen möglichst hohen Gewinn zu erzielen. Dazu kommt dann die Rationalisierung, und die Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten kann sehen, wo sie bleibt. Durch die Rationalisierung große Mengen Waren zu billigen Preisen zu erzeugen, durch hohe Löhne die Kaufkraft zu erhöhen und dadurch den Konsum so zu steigern, daß trotz der Rationalisierung alle Arbeiter beschäftigt und alle Konsumentenansprüche gedeckt werden können, kommt den Unternehmern nicht in den Sinn.

Die Arbeiter und die Angestellten dürfen es aber nicht dahin kommen lassen, daß sie zu einem erheblichen Teil überflüssig werden. Es wäre geradezu irrsinnig, wenn die Menschen sich durch die aus ihren Hirnen kommenden Erfindungen selbst ausschalten würden. Aber die Unternehmer verschließen sich derartigen Erwägungen. Dabei ist die Front der Unternehmer nicht einheitlich. Die Industrie hat stärkere Produzenteninteressen, während der Handel schon weit mehr mit den Konsumenteninteressen verbunden ist. Jedoch ist eine organische Regelung des Konsums im Sinne der Befriedigung aller Kulturbedürfnisse der kapitalistischen Wirtschaft fremd.

Alle großen kapitalistischen Gründungen der letzten Zeit, wie der Farbentwurf, der Stahltruss und zuletzt die Stahlkonvention der Eisenindustrie von Frankreich, Belgien und Deutschland sind in erster Linie geschaffen worden, um die Produktion zu regeln. Auf den Konsum erstrecken sich diese Unternehmungen nur insoweit, als sie sich nach Möglichkeit ein Monopol zu schaffen versuchen. Ob die Bedürfnisse aller Menschen auch nur annähernd gedeckt werden, spielt gar keine Rolle. Man rechnet mit einer gewissen Abschlagsmöglichkeit. Wie sich diese zu dem Bedarf verhält, ist ganz einerlei. Ob auch Millionen Menschen vom Konsum abgeschaltet sind, den Kapitalismus interessiert das so lange nicht, als seine Berechnungen im übrigen stimmen. Klappert es auch dann nicht mehr, dann werden keineswegs die Ursachen in der mangelnden Kaufkraft der Masse der Menschen gesucht. Vielmehr wird der Kampf mit anderen Unternehmungen der gleichen Branche aufgenommen, die man auszuschalten trachtet. Das geschieht heute auch nicht mehr durch Konkurrenz, sondern mit Hilfe der Banken. Die Gegner werden durch Kreditverweigerung lahmgelegt und aufgekauft. Dann

Sehr charakteristisch ist, daß die Unternehmer für diejenigen ihrer Artgenossen sorgen, die durch die Rationalisierung ihre Betriebe schließen müssen. Sie alle bekommen eine Quote, die sich in eine Rente umsetzen läßt. Das haben wir bereits seit Jahren in der Rüstindustrie und werden es in der Eisenindustrie und später in der Kohlenindustrie auch erhalten. Die Unternehmer machen das unter sich ab. Für sie ist der Konsum eine Berechnungsmethode, die Produktion dagegen eine reine Kalkulation, wenn wir soundso viel herstellen und soundso viel verdienen, was kommt dann auf den einzelnen Unternehmer. Bei dieser Art von Produktion ist die Einsparung jeder Arbeitskraft ein Reingewinn in der Höhe des ersparten Lohnes.

So war die Sache aber nicht gedacht. Vielmehr sollte endlich erkannt werden, daß die Wirtschaft für die Menschen da ist und nicht der Mensch für die Wirtschaft. Durch die Rationalisierung sollte die für alle Menschen nötige Menge von Produkten zu günstigen Bedingungen hergestellt werden. Die erste Sorge sollte den Menschen gelten und die Wirtschaft sollte das Hilfsmittel sein, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Daraus haben die Unternehmer das Gegenteil, nämlich die Erhöhung der Gewinne auch mit Hilfe der Rationalisierung und die Ausschaltung von Millionen aus dem Produktionsprozess gemacht.

Wie die Dinge nun einmal liegen, können die Gewerkschaften die Unternehmer von der Wirtschaftseite her sehr schwer fassen. Die Unternehmer beherrschen einseitig noch die Produktionsmittel und die Finanzen. Auch von der Verbraucherseite kann man an die Unternehmer nicht herankommen. Einmal können Millionen Menschen nur die nötigsten Bedarfsartikel kaufen, die sie auch nicht für kurze Zeit entbehren können, außerdem würde durch einen Verbraucherstreik ein derartiges Durcheinander entstehen, daß nur die Arbeiter und die Angestellten, keinesfalls die Unternehmer die Leidtragenden wären. So bleibt auch hier nur die Auflösung der Front von der sozialen Seite her übrig.

Die Unternehmer sehen nur die eine Seite der Medaille: Rationalisierung der Produktion. Die Gewerkschaften müssen den Unternehmern die andere Seite der Medaille zeigen: Rationalisierung der Arbeitskraft. Es ist die vornehmste Aufgabe der Gewerkschaften, die vorhandene Arbeitskraft auf die zu erzeugende Produktionsmenge zu verteilen. Die Unternehmer haben vor Jahren immer wiederholt die Forderung aufgestellt: befreit uns von allen überflüssigen Arbeitskräften in den Betrieben und wir werden die Produktion so verbilligen, daß alle Arbeitskräfte in der Produktion wieder nutzbringend tätig sein können. Als diese Forderung bewilligt war, wurden die Betriebe von den unproduktiven Arbeitern geäubert, die Preise blieben aber in alter Höhe bestehen und immer neue Arbeitermassen wurden arbeitslos. Wie wir eingangs geschildert haben, war es den Unternehmern allein um die Erhöhung ihres Profites zu tun. Nun helfen nur andere Maßnahmen gegen die Unternehmer.

Die Gewerkschaften müssen ohne jede Rücksicht auf die Unternehmer jeden nur möglichen Einfluß auf die Verteilung der Arbeitskraft zu gewinnen suchen. Zwanzig Millionen Arbeiter und Angestellte gibt es in Deutschland, und auf diese muß die vorhandene Arbeit verteilt werden. Dadurch werden starke Lohnerhöhungen und erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit unausbleiblich werden. Deshalb dürfen und brauchen die Waren nicht teurer zu werden. Denn die durch die bisherige Rationalisierung eingesparten Arbeitskräfte waren Profit der Unternehmer, der wieder den Arbeitern und Angestellten zukommen muß.

Die Beschlüsse des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 4. und 5. Oktober 1926 laufen in der von uns für notwendig erkannten Richtung. Benutzungsanspruch der Arbeitsnachweise für die Unternehmer, Ausdehnung des Entlassungsschutzes auf alle Arbeiter und Angestellten, Verbot aller Überstunden und strikte Durchführung des Achtstundentages bedeuten den Anfang der Rationalisierung der Arbeit. Diesen Weg müssen die Gewerkschaften mit unbeugbarer Energie weitergehen. Der Mensch darf nicht der Wirtschaft

Wenn die Gewerkschaften auf diesem schweren aber einzigen Wege, der aus der Not der Arbeit zu ihrer Befreiung führt, vorwärtskommen wollen, dann müssen ihnen die Arbeiter treu bleiben. Jeder Arbeiter muß Gewerkschaftler sein. Kein Arbeiter darf Überstunden ohne Not verrichten. Kein Arbeiter darf unter Tariflohn arbeiten. Kein Arbeiter darf unter Umgehung des Arbeitsnachweises Arbeit annehmen. Nur wenn die Arbeiter alle zusammengeschlossen sind, nur wenn sie den festen Willen haben, die Weisungen ihrer Gewerkschaften zu befolgen, nur dann wird der Gesetzgeber dem Drängen der Gewerkschaften nach der Rationalisierung der Arbeit nachgeben müssen.

Die Arbeiter stehen vor schweren Entscheidungen. Wir haben die Absichten der Unternehmer aufgezeigt, die rücksichtslos nur für sich sorgen und denen die Not von Millionen Arbeitern keine Beschwerden macht. Dem können die Arbeiter nur durch starke Gewerkschaften ein Paroli bieten, und nicht allein das, die Arbeiter müssen nach den Weisungen der Gewerkschaften auch handeln. Rationalisierung ja, aber nicht nur Rationalisierung der Produktion, das bedeutet, des Profits, sondern auch

Rationalisierung der Arbeit, das bedeutet die Sicherung der Effizienz aller Arbeiter. Anders geht es nicht.

Gegen das Überstundenunwesen.

Zu dieser Frage äußert sich die Bremer Arbeiterkammer in einem Schreiben an den Senat der Hansestadt Bremen in folgender Weise:

„Mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit ist es dringend erforderlich, daß die Leistung von Überstunden weitestgehend eingeschränkt wird. In Anerkennung dieser Notwendigkeit hat sich auch der Reichsarbeitsminister veranlaßt gesehen, in einem Schreiben an die Sozialministerien der Länder vom 24. August 1926 darauf hinzuweisen, daß das Arbeitsbeschaffungsprogramm seinen Zweck verfehlt, wenn die im Zusammenhang mit dem Programm sich ergebende vermehrte Arbeitsgelegenheit durch eine über das übliche Maß hinausgehende Mehrarbeit der vorhandenen Belegschaften aufgejogen wird. Die Angestellten- und die Arbeiterkammer gefallten sich nun, auch ihrerseits an den Senat die dringende Bitte zu richten, alle sich bietenden Wege zu benutzen, um Arbeitsplätze für die Erwerbslosen zu schaffen, insbesondere das Gewerbeaufsichtsamt anzuweisen, Überarbeit nur in den Fällen zuzulassen, wo sie aus Gründen des Gemeinwohls unbedingt notwendig ist. Keineswegs dürfen Überstunden für Betriebe genehmigt werden, in denen nur aus Geschäftsrückfällen Mehrarbeit geleistet wird, die aber sehr wohl technisch und wirtschaftlich in der Lage wären, diese Arbeit durch Zuschüssen für angemessene Entlohnung vornehmen zu lassen. In diesem Zusammenhang erinnern die Kammer weiterhin an die seitens der Angestelltenkammer gemachte Eingabe S.-Nr. 723/26 vom 24. Juli 1926, betreffend Abschluß von Haustarifen, und bitten nochmals dringend, daß die Prüfung über die Tarifberechtigung der Arbeitnehmerpartei der Haustarifverträge in eingehender Weise vorgenommen wird. Um zu erreichen, daß die zu treffenden Maßnahmen einen vollen Erfolg zeitigen, halten es die Kammer ferner für notwendig, daß von Seiten des Senats an die Arbeitgeberkammern, Handels-, Gewerbe-, Kleinhandels- und Landwirtschaftskammern die Aufforderung gerichtet wird, daß die gesetzlich zulässige Arbeitszeit genau innegehalten wird und demzufolge zusätzliche Arbeiten durch Aushilfspersonal erledigt werden.“

Arbeitslosigkeit und Bevölkerungsproblem.

Während des Krieges gab es manche Leute, die der Meinung waren, Deutschland werde infolge seiner gewaltigen Verluste an arbeitsfähigen Menschen nach Kriegsende ein unzureichendes Angebot auf dem Arbeitsmarkt zu verzeichnen haben. Diese Ansicht war nicht einmal abwegig, wenn man die Zahl der 2 Millionen deutschen Gefallenen berücksichtigt, von denen 1950 Millionen im Alter von 18 bis 40 Jahren standen. Die Verluste an Arbeitskraft sind damit natürlich keineswegs erschöpft, hinzu kommen rund 722 000 versorgungsberechtigte Kriegsbeschädigte, die mehr oder weniger schlecht zur Arbeit verwandt werden können; zusammen mit den entschädigungspflichtigen Unfallverletzten beträgt ihre Zahl 1 1/2 Millionen. Schließlich sind auch hunderttausende Arbeitsfähige der deutschen Zivilbevölkerung im Verlauf der Hungerblockade erlegen.

Der Geburtenausfall während des Krieges, der gegenüber dem Durchschnitt der vorhergehenden Jahre rund drei Millionen beträgt, muß ebenfalls in diesem Zusammenhang

